

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 M. **Reklame-Kolonelleise** 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Gegen die Erdrosselung Sowjet-Rußlands.

Eine Protestkundgebung der U.S.P. in Berlin.

Berlin, 8. Mai. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung) Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. rüstet die arbeitslose Bevölkerung Groß-Berlins zu einer Protestkundgebung gegen die Erdrosselung der Sowjetrepublik auf, die am Dienstag, 11. Mai, nachmittags 5 Uhr im Lustgarten stattfinden soll. In dem Aufruf heißt es: „Die Anzeichen häufen sich, daß unter Führung Englands sich der eiserne Ring um Sowjetrußland schon in der aller nächsten Zeit zusammenziehen soll. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, daß neben Polen auch das Ungarn der weißen Schreckensherrschaft, daß außerdem Serbien und Rumänien das Recht erhalten werden unsere russischen Genossen zu töten. In diesen Erdbeben sind auch deutsche Kreise beteiligt. Auch nach dem zusammengebrochenen Balkanabenteuer suchen deutsche reaktionäre Kreise, zu einem Teil in amtlichen Stellungen, nicht davon zurück, dieselbe Politik fortzusetzen, die zu diesem verbrochenen Abenteuer geführt hat. Der frühere finnische Reichsverweser Mannerheim hat sich vor einigen Tagen in Berlin aufgehalten, um den Feldzug gegen den Sozialismus zu organisieren. Auch mit Hilfe der deutschen reaktionären Kreise soll also Rußland in schwere Kämpfe verwickelt werden, die nach der Zerstörung der imperialistischen Staatsmänner den wirtschaftlichen Zusammenbruch Sowjetrußlands zur Folge haben sollen. Das darf die deutsche Arbeiterschaft nicht zulassen. Jeder Versuch, der gegen Sowjetrußland geführt wird, ist ein Faustschlag auch in das Gesicht des deutschen revolutionären Proletariats. Darum auf zum Protest!“

In der Roten Fahne rüstet die U. S. P. ebenfalls zur Veranstaltung von Aktionen im ganzen Reich für Sowjetrußland auf. Da sie mit ihrer Organisation offenbar zu spät kommt, versucht sie die Protestkundgebung der U. S. P. mit feigender Darstellung zu diskreditieren: „Die kommunistische Partei ist sofort am 5. d. M. an die U. S. P. mit der Aufforderung herangetreten, eine Demonstration gegen Mannerheim und für Sowjetrußland einzuleiten. Die U. S. P. hatte aber dringenderes zu tun. Sie hat die Aktion auf Dienstag verschoben. Mannerheim konnte unangehört auf Berliner Boden seine Mänke schmieden. Die Berliner Arbeiterschaft hat dank der unabhängigen Zeitung widerspruchslos die Anwesenheit des Schlächters des sinnlichen Proletariats und eines der Haupt der reaktionären Verschönerung gegen Rußland gebuldet.“

Räumung des Maingaus?

Wir finden in der bürgerlichen Presse die folgende Meldung, die wir unter allem Vorbehalt wiedergeben:
Saaz, 7. Mai. Der Daily Express meldet, daß die Räumung des neuereichen Gebietes durch die Franzosen jetzt im Gange sei. Wahrscheinlich werde die Räumung vollendet sein, bevor die Konferenz in Spa zusammentrete.

Abendung einer internationalen Kommission nach Rußland?

Basel, 7. Mai. Pariser Blättermeldungen zufolge hat das Völkerbundsekretariat an die Moskauer Regierung eine Note gerichtet, in der sie diese auffordert, die Sicherheit der internationalen Kommissionen, die der Völkerbund nach Rußland zu entsenden gedenkt, zu gewährleisten.

Neue Abjagen an die 2. Internationale.

Die Wiener Arbeiter-Zeitung veröffentlicht die Antwort des Parteivorstandes der Deutschen Arbeiterpartei Deutschlands auf die Einladung des Internationalen Bureaus in Brüssel zur Bekämpfung des 10. Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses in Genf am 31. Juli 1920. Der Parteivorstand beschloß, sich an dem Kongreß nicht zu beteiligen. In der Antwort wird betont, daß der Genfer Kongreß kein geeignetes Instrument darstelle, das zur Wiederherstellung der Einheit der Internationalen dienen könnte. Die Antwort weist auf die gleichfalls ablehnende Stellung der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf dem Leipziger Parteitag, die Straßburger Beschlüsse der Sozialistischen Partei Frankreichs und die der Julikonferenz der Independent Labour Party Englands hin. Ein Kongreß, wo ganze Länder, wie vor allem Italien und Frankreich, höchstens durch unparteiliche Persönlichkeiten, nicht aber durch Mandatäre der Partei vertreten sein würden, könne nicht als zweckdienliches Mittel der Wiederherstellung der internationalen Beziehungen dienen.

Die Pariser Dumaine veröffentlicht einen Einspruch aus London, wonach aus einer der letzten Sitzungen der Moskauer Sowjets der Führer der Menschewiki (Sozialdemokratische Partei Rußlands) Martow, erklärte, die Partei habe nunmehr gleichfalls mit der 2. Internationale gebrochen.

Sollte diese Nachricht sich bestätigen und Martow diese Erklärung nicht nur für sich und seine Gruppe — er ist der Führer des linken, unzusammenhängenden mit den Bolschewisten dringenden mensche-

wischen Flügels — abgegeben haben, so bedeutete sie abermals eine starke Schwächung der Position der 2. Internationale. Allerdings bedeutet der Austritt aus der 2. Internationale nicht den Anschluß an die 3. Internationale, die, wie die Antwort an unsere Partei zeigt, den Aufbau einer allumfassenden revolutionären Internationale durch unmögliche Bedingungen, die einseitig die Interessen der Kommunisten verfolgen, verhindert.

Schlimme Aussichten für die Nahrungsmittelversorgung.

London, 7. Mai. (Zit.) Der englische Minister für die Ernährung erklärte im Unterhaus, daß keine Aussicht auf eine Vermehrung der Vorräte von Reis und Zucker bestehe und daß die Weltweitzugenernte geringer ausfallen werde. Die Vereinigten Staaten könnten 4 Millionen Tonnen weniger ausführen als im laufenden Erntejahr. Es sei eine Preissteigerung des Weizens zu befürchten, die ihren Einfluß auch auf alle anderen Lebensmittelpreise geltend machen müsse.

Ungarn und der Friedensvertrag.

Budapest, 8. Mai. Nach einer Meldung des ungarischen Korrespondenten sind heute schon an allen Häusern Budapests Maneransprüche angebracht worden, die eine Karte des alten und diejenige des im Friedensvertrag vorgesehenen Gebietsumfanges Ungarns darstellen. Darunter steht zu lesen: „Berechnt die Hand, die diesen Frieden unterschreibt!“ Die Liga zum Schutze der Gebietsunverletzlichkeit betont in einem Aufruf an die ungarische Nation, daß dieser Friede nicht unterzeichnet werden dürfe bis zu dem Tage, da die Gebiets-einheit Ungarns wiederhergestellt werde, und fordert zum Vorgehen im Lande auf. — Das Organ der Christlich-Nationalen Bewegung, Komzet Ujajana, schreibt: Wir wissen nicht, ob die Regierung diesen Frieden unterschreiben wird, eines aber wissen wir: Das Ungarnium wird ihn niemals anerkennen. — Andre Blätter nehmen in ähnlicher Weise gegen den Friedensvertrag Stellung. — Graf Albert Apponyi erklärte einem Mitarbeiter des As Est gegenüber: Der Friedensvertrag ist die schrecklichste Verletzung vom Gebietspunkte unseres Rechts und vom Gebietspunkte des Selbstbestimmungsrechtes der Völker aus. Er schafft einen lebensunfähigen Staat und gefährdet deshalb die Ruhe Europas. Nichtsdestoweniger kann ich auch die heutige Lage nicht als hoffnungslos bezeichnen, denn der Auszug aus dem Reichsgebiet, den wir kennen, scheint schon gewisse Wege zur Korrigierung der Ungerechtigkeiten des Friedensvertrags anzudeuten.

Zur Wirtschaftskonferenz in Paris.

Paris, 8. Mai. (Zit.) Transparanoni meldet: Die Wirtschaftskonferenz, die in etwa zehn Tagen in Paris abgehalten wird, wird sich einzeln und allein mit dem Zusammenarbeiten Frankreichs und Deutschlands an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen. Es wird hinzugefügt, daß die französische Regierung voranschrittlich einen Vorschlag über die Art der direkten Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau machen wird. — Weiter wird gemeldet, daß der deutsche Geschäftsträger Dr. Maner dem französischen Ministerpräsidenten Millerand davon Mitteilung gemacht habe, daß die Vertreter der deutschen Wirtschaftskommission, die mit den französischen Sachverständigen verhandeln sollen, in ungefähre zehn Tagen in Paris eintreffen werden.

Der Krieg im Osten.

Kiew noch in den Händen der Bolschewisten.

Die Siegesmeldung der Polen über die Einnahme von Kiew ist verfrüht gewesen, wie die folgenden neueren Meldungen beweisen:
London, 7. Mai. Drahtlose Berichte aus Moskau vom 5. Mai bestätigen, daß Kiew sich an jenem Tage noch in den Händen der Sowjetregierung befand.
Amsterdam, 7. Mai. Einer Blättermeldung aus Warschau zufolge dauert der Kampf zwischen Bolschewisten und Polen um Kiew Tag und Nacht fort. Die Polen bringen in einem großen Maßstabe langsam vor.
Der russische Secresbericht meldet unter dem 4. Mai u. a.: Auf der Ostfront gehen die Kämpfe westlich von Kiew weiter. Nach weiteren Meldungen aus Baku bezogen: die in russische Hände gefallenen Vorräte 200 000 Pud Weizen, 25 Millionen Pud Gasolin, 250 000 Pud Maschinöl und 80 Millionen Pud Naphtin. Die Verfolgung wird fortgesetzt.

Zum Aufstand in Mexiko.

Mexiko, 7. Mai. Carranza hat am 5. Mai in einem Manifest bekanntgegeben, er werde so lange kämpfen, bis der Aufstand niedergeworfen sei, und die Präsidentschaft nur einem allgemein gewählten Nachfolger übergeben. Ferner erklärte Carranza, es sei unmöglich, am 4. Juli Wahlen abzuhalten.

Die Presse als Ware.

Wie die Schwerindustrie „öffentliche Meinung“ kauft.

Die Industrielongergewaltigen, hinter denen wieder die organisierte, von nicht mehr als einem Duzend Leute in Deutschland gehandhabte Großmacht des modernen Finanzkapitals steht, legen ihre profitgierigen Finger auf immer zahlreichere Zweige des menschlichen Schaffens, wobei ein Unterkreis zwischen materielle und geistiger Produktion weder in ihrer Beurteilung noch in deren Bewertung gemacht wird. Die Theaterbühne wird Fabrikstätte für kapitalistische Gesetzerfassung. Die Laboratorien der Universitäten stellen sich als Brillenmaschinen der Anilinindustrienden vor. Oeffentliche Meinung wird ausgepumpt und in Postkoffeln frei Haus verpackt. Wie herrlich weit haben wir es doch gebracht, seitdem der erste deutsche Journalist, Görres am Rhein, seinen Entenkampf gegen den Korzen führte, oder auch nur, seitdem Gustav Freytag seine unsterbliche „Journalisten“ schrieb. Die Zeitung ist in der kapitalistischen Gesellschaft eine Ware geworden wie Weiblich oder Illustrierte Drucks. Nur das Zeitgenossen, die in Dummheit oder im blöden Interesse, oder in einer Mischung beider Eigenschaften sich von der ideologischen Auffassung treibender historischer Kräfte nicht freimachen können, der gewaltige Umwandlungsprozess verborgen geblieben ist, daß sie sich bedächtig das verwundern, wenn sich der neue Inhalt nicht mehr in die alte Form einprellen läßt.

Noch heute gibt es auch im bürgerlichen Journalistentum noch so etwas wie eine Art sentimentaler Selbsttäuschung über die gewaltige Verantwortlichkeit des freien Mannes, der kraft seines Willens alljährlich vor Hunderttausenden in moderner Art predigen kann. Arme Schächer! Sie sehen nicht oder wollen nicht sehen, wie sie längst und unrettbar in den Händen bestimmter ökonomischer Interessen einer ganz bestimmten Herrschaftsklasse geworden sind. Wie die geistigen Semeln, die sie der abonnierten Gemeinde täglich reichen, in ganz anderen Backsteinen gebacken sind, als in ihren eigenen Gehirnschalen und -schälchen. Entweder steht die Zeitung, die sie besolbet, einzig und allein im Dienste der pfiffligen Profitpekulation irgendeines Unternehmers, der genau so gut einen Hühnerladen hätte eröffnen können, wie er auf den Gedanken gekommen ist, gerade eine Notationsmaschine zu kaufen — und das ist die Mehrheit der bürgerlichen Amerikanerinnen, angefangen von den Leipziger Neuesten Nachrichten bis zum Albedauer Anzeiger. — Oder aber die Zeitung dient, mit einer geringen Spekulation auf den unmittelbaren Profit des Verlegers, den ökonomischen Interessen einer Finanz- und Unternehmerrunde, die nach Ausbeutung neuer Märkte, nach geistiger Anechtung neuer Hunderttausender, die sie als Ausbeutungssubjekte willig erhält, nach neuen Profitfeldern sucht, die sogenannte „Volksseele“ mit dem immer krampfloseren Ausbeutungsborg des großen Kapitals zu verführen. Der moderne Wadner des Großkapitals bedarf eben auch seiner Advokaten und Winkeladvokaten, die er in der von ihm gekauften Presse findet. Immer geringer wird so die Zahl der eigentlichen „politischen“ Blätter des Bürgerturns. Der Generalangehörige überwogert. — Und aber: In der bisherigen politischen Presse, die jahrelange Verfassungsverträge wie Evangelien behaltet hatte, treten alle jene politischen Unterscheidungsnuancen immer stärker zugunsten der Verdrängung bestimmter wirtschaftlicher Interessen, die gesammelt die kollektiven Interessen der herrschenden Gesellschaft ausmachen, zurück. Ein Beispiel: Wie stark mag sich wohl im letzten Jahrzehnt schon politisch die Distanz zwischen Wien und Frankfurt, zwischen Dumont-Schönberg (Altsächsische Zeitung) und Sonnemann (Frankfurter Zeitung) zugunsten der gemeinsamen ökonomischen Interessen beider Zeitungen verringert haben.

Nun hat, wie durch die Presse selbst gemeldet wird, der bekannte rheinische Großindustrielle Hugo Stinnes, den guten, niemanden im bürgerlichen Nest wehtunenden Reichsgeneralanzeiger, die stillere Norddeutsche, jetzt die Deutsche Allgemeine Zeitung käuflich erworben. Fast gleichzeitig teilt die München-Münchener Abendzeitung ihren Uebergang aus dem Besitz der Bruckmannschen Verlagsanstalt in ein neues Verlagskonjunktium mit. Ueber die zukünftige politische Haltung des Maties verrät die redaktionelle Mitteilung weiter nichts, als das es „getreu“ seiner 300jährigen Vergangenheit dem Vaterlande und der Allgemeinheit, insbesondere den Interessen des Bürgerturns, dienen soll. Oeffenes Geheimnis ist, daß das neue Verlagskonjunktium ein von Stinnes geführter schwerindustrieller Konzern ist. Altheimisch-westfälische Schlotmagazin wurden ja schon in letzter Zeit als Ankäuser des Wigblattes Simplizissimus ebenfalls genannt, und der Simplizissimus selbst hat die Tatsache zwar nicht demontiert, er ist aber gegen die Ausbreiter der Nachricht bezeichnenderweise recht heftig geworden. Das westliche Industriekapital scheint also gerade in letzter Zeit gefundenen Appetit für Linotype und Druckerschwarze entwickelt zu haben.